



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

8. hét

2018.02.19.

ZUSAMMENFASSUNG

- **BIS 2022 WIRD UNGARN DAS WETTBEWERBSFÄHIGSTE LAND IN DER REGION.** Im Ergebnis eines 3.000 Milliarden Forint schweren Straßenbau- und Rekonstruktionsprogramms der Regierung wird Ungarn bis 2022 das wettbewerbsfähigste Land in der Region sein. Einen Bestandteil der Entwicklung der Infrastruktur bildet der Ausbau des Verkehrskorridors Via Carpatia, welcher acht Länder miteinander verbindet. Abgesehen von den Straßenbauprojekten erfolgt noch in diesem Jahr die Auswahl des für den Bau der Eisenbahnlinie Budapest-Belgrad verantwortlichen Planungs- und Ausführungskonsortiums.
- **INNERHALB DES EUROPÄISCHEN RATES KÖNNTE DAS LAGER DER QUOTENEGNER ZUNEHMEN.** Zusammen mit Ungarn finden 2018 in sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Union Parlamentswahlen statt, deren Ergebnisse den gegenwärtig in der Frage der Quotenregelung gegebenen Status Quo im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs kippen könnten. Abgesehen von Ungarn finden in diesem Jahr Parlamentswahlen in Lettland, Luxemburg, Italien, Slowenien und Schweden statt.
- **TATSÄCHLICHER WAHLKAMPFAUFTAKT NAHT.** Am 8. April stimmen die Ungarn zum zweiten Mal gemäß dem neuen Wahlsystem über ihre Parlamentsabgeordneten ab. Zwischen dem 9. und dem 19. Februar wird allen Wahlberechtigten die Mitteilung über die erfolgte Aufnahme ins Wählerregister per Post zugestellt, der offizielle Zeitabschnitt für den Wahlkampf beginnt am 17. Februar. Die Parteien dürfen die ihnen zustehenden Wahlkampfbeträge in den fünfzig Tagen vor der Wahl verwenden.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Bis 2022 wird Ungarn das wettbewerbsfähigste Land in der Region

Im Ergebnis eines 3.000 Milliarden Forint schweren Straßenbau- und Rekonstruktionsprogramms der Regierung wird Ungarn bis 2022 das wettbewerbsfähigste Land in der Region sein. Einen Bestandteil der Entwicklung der Infrastruktur bildet der Ausbau des Verkehrskorridors Via Carpatia, welcher acht Länder miteinander verbindet. Abgesehen von den Straßenbauprojekten erfolgt noch in diesem Jahr die Auswahl des für den Bau der Eisenbahnlinie Budapest-Belgrad verantwortlichen Planungs- und Ausführungskonsortiums.

Dank des durch die Regierung aufgelegten Straßenentwicklungsprogramms im Volumen von 3.000 Milliarden Forint wird dieses Land innerhalb der Region bis 2022 die meisten Autobahnen und vierspurigen Schnellstraßen aufweisen können, was die wirtschaftlichen Möglichkeiten Ungarns beträchtlich ausweitet. Ein herausragendes Programmelement besagt, sämtliche Komitatsstädte in das Schnellstraßennetz einzubeziehen. Dabei behandelt das Programm auch jene Zielstellung als eine Priorität, die ungarischen Autobahnen jeweils bis an die Landesgrenzen zu führen.

Unter den grenzüberschreitenden Entwicklungsprojekten der Infrastruktur ragt die bilaterale kroatisch-ungarische Zusammenarbeit heraus, in deren Ergebnis Radwege, öffentliche Straßen und Grenzübergänge entstehen, während zugleich bei Kosice ein Abschnitt des Verkehrskorridors Via Carpatia übergeben wurde. Der gesamte Verkehrskorridor wird den Plänen nach bis 2026 fertiggestellt, woraufhin dieser eine Länge von 3.300 Kilometern aufweisen und acht Länder von Litauen bis hin zum Ägäischen Meer miteinander verbinden wird. Der 340 Kilometer lange ungarische Abschnitt wird bis 2022 stehen.

Das Programm grenzüberschreitender Straßenverkehrsprojekte gehen die Bürger der Visegrád-Staaten (V4) als strategische Frage an. Laut einer Erhebung des Nézőpont-Instituts in Bezug auf die Visegrád-Staaten sei der Autobahnbau das an dritter Stelle unter den Prioritäten rangierende Gebiet, auf dem die V4 ihre Zusammenarbeit intensivieren sollten. Immerhin 17 Prozent der Befragten in den vier Ländern rückten die Bedeutung des Autobahnbaus an erste Stelle, weitere 18 Prozent an zweite Stelle.

Die großangelegten Infrastrukturentwicklungen berühren außerdem die Bahnlinie Budapest-Belgrad als Teil des Programms „Ein Band, eine Straße“. Der Bau der Eisenbahnlinie wird 2020 seinen Anfang nehmen, das Gesamtprojekt bis 2023 übergeben. Dank dieser Entwicklung werden die Züge eine Verkehrsgeschwindigkeit von 160 km/h erreichen, woraufhin die Fahrtzeit von gegenwärtig acht Stunden auf dreieinhalb Stunden sinken wird.

AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Innerhalb des Europäischen Rates könnte das Lager der Quotengegner zunehmen

Zusammen mit Ungarn finden 2018 in sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Union Parlamentswahlen statt, deren Ergebnisse den gegenwärtig in der Frage der Quotenregelung gegebenen Status Quo im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs kippen könnten. Abgesehen von Ungarn finden in diesem Jahr Parlamentswahlen in Lettland, Luxemburg, Italien, Slowenien und Schweden statt.

Ende 2017 gewann Sebastian Kurz in Österreich die Wahlen, in Tschechien arbeitet Andrej Babis auch im Augenblick noch daran, nach seinem Wahlsieg eine Regierung zu bilden. Gemeinsam ist diesen beiden Politikern und ihren Parteien, dass sie beide einen gegen die Quotenregelung gerichteten Standpunkt vertreten. In Italien könnte die Mitterechtskoalition um die Forza Italia und die Liga Nord nach aktuellen Umfrageergebnissen bereits 35-38 Prozent der Stimmen holen, was eine markant größere Unterstützung im Vergleich zu den Konkurrenten bedeutet. Silvio Berlusconi hatte früher angemeldet, dass eine Mitterechtskoalition im Falle ihres Wahlsiegs die illegale Migration nach Italien stoppen wird.

Zuversichtlich mag die Gegner der Quote weiterhin stimmen, dass in Schweden die einwanderungsfeindlichen Schwedendemokraten ihr Ergebnis im Vergleich zu den Wahlen von 2014 deutlich verbessern können, wo gleichzeitig die Mitterechtspartei der Moderaten und die mit dieser kooperierende Zentrumspartei besser abschneiden könnten. Im Zuge einer Wendung auf Mitterechts hätte somit auch Schweden die Chance, sich in Richtung einer pragmatischeren Einwanderungspolitik zu bewegen.

Der Umstand der nahenden Wahlen und das entschiedene Auftreten der V4 gegen die Ansiedlungsquoten werfen die Frage auf, ob im Falle einer eventuellen Abstimmung im Europäischen Rat eine qualifizierte Minderheit für das Lager der Quotengegner zustande kommen könnte. Sollte neben Österreich auch Italien die Entscheidung treffen, die Einführung der Ansiedlungsquote zu verhindern, könnte diese blockierende Minderheit bereits in naher Zukunft zustande kommen. Denn die V4 erfüllen gemeinsam mit Österreich und Italien sowie des Weiteren mit den Regionalpartnern der V4 (Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Estland, Lettland und Litauen) nach dem Brexit von Großbritannien die Klausel, wonach eine qualifizierte Minderheit mindestens aus vier Mitgliedstaaten des Europäischen Rates bestehen müsse, die mehr als 35 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union repräsentieren.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Tatsächlicher Wahlkampfauftakt naht

Am 8. April stimmen die Ungarn zum zweiten Mal gemäß dem neuen Wahlsystem über ihre Parlamentsabgeordneten ab. Zwischen dem 9. und dem 19. Februar wird allen Wahlberechtigten die Mitteilung über die erfolgte Aufnahme ins Wählerregister per Post zugestellt, der offizielle Zeitabschnitt für den Wahlkampf beginnt am 17. Februar. Die Parteien dürfen die ihnen zustehenden Wahlkampfbeträge in den fünfzig Tagen vor der Wahl verwenden.

Zwischen dem 9. und dem 19. Februar sendet das Landeswahlbüro die Wahlmitteilungen aus, die sämtliche für die Abstimmung benötigten Informationen enthalten. Bei der Parlamentswahl müssen sich die über einen gemeldeten Wohnsitz in Ungarn verfügenden Wahlbürger gesondert registrieren und dürfen zwei Stimmen abgeben: Eine Stimme für die Landeslisten der Parteien, die Zweitstimme für einen der Einzelkandidaten am eigenen Wohnort. Eine Veränderung gegenüber der Parlamentswahl von 2014 besteht darin, dass es weniger Wahlbezirke – 10.286 an Stelle von zuletzt 10.328 – geben wird, weshalb manche Bürger in diesem Jahr anderswo wählen müssen, als sie es bislang taten.

Hält sich der Wahlbürger am Wahltag im Ausland auf, muss er beim örtlichen Wahlbüro persönlich, per Post oder elektronisch seine Aufnahme ins Namensregister beantragen, und zwar spätestens bis

acht Tage vor der Wahl. Im Falle einer erfolgreichen Aufnahme ins Namensregister der Außenvertretungen darf dieser Wähler am Tag der Abstimmung seine beiden Stimmen in der in seinem Antrag angegebenen Außenvertretung abgeben. Wahlbürger ohne Wohnsitz in Ungarn müssen ihre Aufnahme ins Wählerregister vorab beim Landeswahlbüro beantragen, und zwar bis spätestens zum 15. Tag vor den Wahlen. Nach erfolgter Registrierung kann der Wähler seine Stimme per Briefwahl abgeben, und zwar mit Abgabe einer Stimme für eine der Landeslisten stellenden Parteien, was mit Hilfe des Rückumschlags geschieht, der dem zugesandten Wahlpaket beiliegt.

Bei der Parlamentswahl in einer Runde können auf der Grundlage der Wählerentscheidung 199 Abgeordnete ihr auf vier Jahre befristetes Mandat gewinnen, unter denen 106 Abgeordnete aus den einzelnen Wahlkreisen sowie 93 von den Landeslisten der Parteien bzw. von den Nationalitätenlisten ins Parlament einziehen. In den Direktwahlkreisen müssen Personen, die bei der Wahl antreten wollen, zunächst einmal 500 Unterschriften zur Aufstellung als Kandidat sammeln. In den Direktwahlkreisen setzt sich jener Kandidat durch, der die meisten Stimmen holt, d. h. das Schicksal der einzelnen Mandate wird mit relativer Mehrheit entschieden.

Die für Parteien mit Landeslisten abgegebenen Stimmen sowie die für Direktkandidaten abgegebenen, dabei jedoch kein Mandat einbringenden (oder für den Gewinn des Mandats nicht erforderlichen) sogenannten Bruchstimmen werden nach ihrer Zusammenzählung unter Anwendung des D'Hondt-Verfahrens aufgeteilt. Über die Landeslisten dürfen jene Parteien Mandate erwerben, die wenigstens 5 Prozent der auf die Listen abgegebenen Stimmen holen (diese Sperrklausel beträgt bei Listen von zwei Parteien 10 Prozent, im Falle einer gemeinsamen Liste von noch mehr Parteien 15 Prozent) sowie in mindestens neun Komitaten und Budapest, in mindestens 27 Direktwahlkreisen Kandidaten stellen konnten, wobei die Zahl der Direktkandidaten bis zum Wahltermin nicht unter diese Mindestzahl sinken darf.

Offizieller Wahlkampfauftakt ist am 17. Februar – ab diesem Zeitpunkt dürfen die Parteien die staatlichen Wahlkampfbzuschüsse verwenden. Die staatliche Finanzierung des Wahlkampfes setzt sich aus zwei Elementen zusammen. Zum einen stehen jedem Direktkandidaten Zuschüsse von einer Million Forint zu, korrigiert um den Wert des seit Inkrafttreten des Gesetzes durch das Zentralamt für Statistik (KSH) Jahr für Jahr festgestellten Verbraucherpreisindizes. Verwendet werden kann dieser Betrag mit Hilfe des zu eben diesem Zweck eingerichteten Fiskalkontos mittels Überweisung

oder Inanspruchnahme einer sogenannten Fiskalkarte, mit der sich Bargeld aufnehmen lässt und sämtliche Ausgaben unter Einreichung von Rechnungsbelegen abgerechnet werden können.

Außerdem erhalten die Parteien mit Landeslisten ausgehend von ihrer Liste Zuschüsse. Diese Summe kann maximal 995 Millionen Forint erreichen, als Produkt aus der Gesamtzahl der erreichbaren Mandate und 5 Millionen Forint, korrigiert um den Wert der seit Inkrafttreten des Gesetzes durch das KSH festgestellten jährlichen Verbraucherpreisindizes. Eine Partei kann einen gewissen Teil der so festgestellten Summe in Abhängigkeit von der Anzahl ihrer Kandidaten in Direktwahlkreisen erhalten.

Das neu gewählte Parlament muss innerhalb von dreißig Tagen nach dem Wahltag einberufen werden, so dass die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bildung der neuen Regierung relativ zügig, bereits im Laufe des Monats Mai vonstattengehen können.

PROGNOSE

- **Am 20. Februar machen Viktor Orbán und Sebastian Kurz einen Arbeitsbesuch in Sofia.** Bei dem Treffen werden die Vorbereitung des Finanzrahmens der Europäischen Union nach 2020 sowie das früher stark kritisierte Spitzenkandidaten-System in Hinsicht auf die Wahl der EU-Führung zur Sprache kommen.
- **Am 23. Februar kommt es in Budapest zu einer weiteren Demonstration in Verbindung mit dem Zustand des Bildungswesens.**
- **Am 23. Februar findet ein informeller Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel statt.** Verhandlungsthema werden der nächste Finanzrahmen der EU sowie die Zukunft der Eurozone sein.
- **Am 25. Februar finden in Hódmezővásárhely Nachwahlen um das Amt des Oberbürgermeisters statt.**